



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der

Pfalz

am Dienstag, 26.01.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:55



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner ab 17.12 Uhr TOP 3 ö.S.

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid ab 17.34 Uhr TOP 3 ö.S.

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Aydin Tas



Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc ab 17.42 Uhr TOP 3 ö.S.

FWG

Michael Dürphold ab 17.35 Uhr TOP 3 ö.S.

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister



Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Christine Baumstark

Bernhard Eck

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Gönül Kuru

Martin Messemer

Sonstige

Joachim Arbogast

Rolf Kost

Dorothea Müller

Michael Niedermeier

Michael Schreiner

Schriftführer/in

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Gerhard Mosebach

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Magdalena Schwarzmüller



UBFL

Bertram Marquardt

Beigeordnete/r

Rudi Klemm



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende richtete zu Beginn seiner ersten Ratssitzung als Oberbürgermeister einige grundsätzliche Worte an den Stadtrat.

Er habe einen Rat kennengelernt, der sich durch ein konstruktives Miteinander auszeichne. Die Fraktionen stünden im Wettbewerb, aber das sei gut so. Es sei sein Wunsch und der Wunsch des Stadtvorstandes, diesen kritisch konstruktiven Dialog fortzusetzen. Jeder Wechsel bringe auch Veränderungen. Eine dieser Veränderungen sei, dass die Eule im Ratssaal zurück sei. Das Eulenkätzchen, eine Schöpfung von Professor Rumpf, stehe für Weisheit und Klugheit. Dies könne den Beratungen im Ratssaal sicher nicht schaden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion Frau Monika Vogler zur neuen Fraktionsvorsitzenden und Herrn Prof. Peter Leiner zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt habe.

Der Vorsitzende erinnerte an den verstorbenen Ortsvorsteher von Mörzheim, Herrn Gerhard Becker. Man werde ihm eine ehrendes Andenken bewahren.

Der Stadtrat gedachte in einer Schweigeminute Herrn Becker.

Der Vorsitzende bat darum, den Tagesordnungspunkt 16 „Wirtschaftsplan EWL“ auf Tagesordnungspunkt 20 zu verschieben.

Der Stadtrat stimmte der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung von Ratsmitgliedern
3. Haushaltssicherungskonzept, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 240/037/2015
4. Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2019, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung
Vorlage: 240/038/2015
 - 4.1. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber innerhalb der Stadtverwaltung
Vorlage: 101/312/2015
 - 4.2. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2016
Vorlage: 820/181/2015
5. Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 100/184/2016



6. Neubesetzung Aufsichtsrat Klinikum Landau-Südliche Weinstraße
Vorlage: 100/185/2016
7. Festsetzung des Wahltages für die Wahl der Ortsvorsteherin / des Ortsvorstehers des Stadtteils Mörzheim
Vorlage: 100/183/2015
8. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Bildung eines Seniorenbeirates
Vorlage: 101/314/2016
9. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Aufstellung eines Bürgerhaushalts
Vorlage: 101/315/2016
10. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Installation eines Klimaschutzmanagements
Vorlage: 101/316/2016
11. Neufassung der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung der Gebühren für die Benutzung des Stadtarchivs“ (Archivgebührensatzung)
Vorlage: 300/103/2015
12. Städtebau-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“; - Beschluss des Innenstadtentwicklungskonzeptes, - Beschluss der Ausweisung eines Stadtumbaugebietes für einen Teilbereich der Innenstadt („Aktives Stadtzentrum Landau“)
Vorlage: 610/393/2015
13. Bebauungsplan D13 "Im Dorf" der Stadt Landau in der Pfalz, Gemarkung Queichheim, Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/394/2015
14. Modellprojekt „Kommune der Zukunft“
- Landaus 8 (Stadt-)Dörfer machen sich fit für die Herausforderungen der Zukunft -
Vorlage: 610/396/2015
15. Parkplatz an der Zweibrücker Straße
Vorlage: 660/101/2016
- 15.1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Sicherung Grünstreifen Zweibrücker Straße
Vorlage: 101/313/2016
16. Anpassung Abfallgebühren mit Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 860/282/2015
17. Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs
Vorlage: 860/285/2015
18. Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL
Vorlage: 860/283/2015
19. Abschluss Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau
Vorlage: 860/284/2015



20. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2016
für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und
Straßenreinigung
Vorlage: 860/288/2015

21. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.

Das Gremium beschloss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung von Ratsmitgliedern

Der Vorsitzende belehrte die Ratsmitglieder Aydin Tas und Jürgen Sauer über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Tas ist für Herrn Dr. Maximilian Ingenthron und Herr Jürgen Sauer für Frau Myriam Kern in den Stadtrat nachgerückt.

Der Vorsitzende verpflichtete die Ratsmitglieder Aydin Tas und Jürgen Sauer gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten.

Das Gremium beschloss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Haushaltssicherungskonzept, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 16. Dezember 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

- A. die nachfolgend aufgeführten und in der Begründung näher erläuterten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs im Ergebnishaushalt (Auflistung Anlage 1):**
1. Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes mit Wirkung zum 01.01.2016 von 399 v.H. um 6 v.H. auf nunmehr 405 v.H.
 2. Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer A mit Wirkung zum 01.01.2016 von 320 v.H. um 10 v.H. auf nunmehr 330 v.H.
 3. Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer B mit Wirkung zum 01.01.2016 von 430 v.H. um 10 v.H. auf nunmehr 440 v.H.
 4. Eintrittspreiserhöhungen des Zoos mit Wirkung zum 01.01.2016 (wurde mit separater SiVo 700/009/2015 am 17.11.2015 im Stadtrat beschlossen).
 5. Bewirtschaftung des Messegeländes und den damit verbundenen Mehrereinnahmen in Höhe von 40.000 Euro jährlich mit sofortiger Wirkung.
 6. Erhöhung der Parkgebühren in der Kurzzeitzone von bisher 0,10 Euro (6 Minuten) auf nunmehr 0,15 Euro (6 Minuten) mit Wirkung ab 01.04.2016.
 7. Anpassung der Gebühren für das Ausstellen von Anwohnerparkausweisen von bisher 25 Euro auf 30 Euro pro Jahr mit Wirkung ab 01.04.2016.
 8. Veranschlagung der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden über Buchwert im Ergebnishaushalt.
 9. Folgende Anträge des freiwilligen Leistungsbereiches vorerst nicht umzusetzen:
 - a) VRNnextbike
 - b) Ehrenamtskarte
 - c) Fairtrade-Stadt
 - d) Zuschuss Aradia
- B. Die Verwaltung wird beauftragt, die maximalen Zuschussbedarfe für die Einrichtungen des Teilhaushaltes 15 bis zu den Haushaltsberatungen 2017 zu ermitteln. Diese sollen im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2017 festgelegt werden.**
- C. Folgende Reduzierungen des Stellenplanes 2016 zur teilweisen Kompensation der sich im Stellenplan 2016 ergebenden Mehrbedarfe:**
- a) Bürgerbüro, EG 8 (-0,5)
 - b) Bibliothek, EG 9 (-1,0 Stelle) (ab 01.06.2016)
 - c) BfT, EG 8 (-0,5 Stelle)
- D. Der Stadtrat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die im Rahmen des Stellenplanes 2016 dem Grunde nach bestehenden zusätzlichen Bedarfe nicht umgesetzt werden:**
- a) DV-Abteilung, EG 8 (-1,08)
 - b) Vollzug (320), EG 8 (1,0 Stelle)
 - c) Artenschutz (350), A 10/EG 9 (0,5 Stelle)
 - d) Mobile Schulsozialarbeit (510), S 11 (2x0,5 Stellen)
 - e) Jugendamt (Jugendarbeit/Jugendpflege), S 11 (-0,5)
 - f) Hausmeister (820), EG 3 (0,5 Stelle)



- E. Der Stadtrat beschließt, dass die maximale Obergrenze der Investitionskredite für die Stadt Landau und das Gebäudemanagement Landau (exklusive der Sonderfinanzierungen und Restevorträge aus Kreditaufnahmeermächtigungen) die Höhe von 4 Mio. Euro jährlich nicht übersteigen soll.**
- F. Der Stadtrat bekräftigt die in der aktuellen Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24.06.2014 3. Abschnitt unter § 15 fixierte Regelung, dass Anträge, die im Falle ihrer Annahme mit Ausgaben verbunden sind, gleichzeitig einen rechtlich zulässigen und tatsächlich durchführbaren Deckungsvorschlag enthalten müssen, wenn die Finanzmittel im Haushaltsplan nicht eingestellt sind oder eine Erhöhung der Haushaltsansätze zur Folge haben würden. Dies gilt auch für Anträge, mit denen Einnahmeausfälle verbunden sind.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2019, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 16. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. Der Haushalt sei die Handlungs-, Gestaltungs- und Steuerungsgrundlage. Es seien schwierigste Rahmenbedingungen, denen man sich stellen müsse. Für die nächsten 12 Monate wolle er 12 Handlungsfelder benennen. Das erste sei die Bewältigung der Flüchtlingssituation, die für viel Unsicherheit Sorge. Weiter habe man zu klären, wie man künftig bezahlbaren Wohnraum schaffen könne. Daraus folge die Fortentwicklung der Baulandstrategie zu einer Wohnraumversorgungsstrategie, die aus vielen Mosaikbausteinen öffentlicher und privater Maßnahmen bestehen müsse. Hierzu werde man in der Stadtratssitzung am 1. März ein entsprechendes Papier vorlegen. Weiter gehe es darum, die Zukunft der Stadtdörfer zu entwickeln. Vorgehen werde man beim Abschluss der militärischen Konversion. Diese sei eine Erfolgsgeschichte für unsere Stadt. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Innenstadtentwicklung gelte es fortzusetzen und Landau zu einer Marke zu entwickeln. Man werde die Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms 3.0 voranbringen. Auch die Schulsanierungen werde man fortsetzen und den Neubau der Sporthalle West angehen. Weiter gehe es um die Sicherung und Fortentwicklung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur- und konzeption. Kümmern werde man sich um den Ausbau der Breitbandversorgung in unserer Stadt. Lösungen müsse man finden für bestehende Raumbedarfe in Kindertagesstätten, Schulen und in der Verwaltung. Schließlich gelte es die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt zu sichern und den Haushalt zu sanieren.

Die Erträge seien mit 125,6 Millionen Euro veranschlagt. Dies seien 6,1 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, was mit den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusammenhänge. Allerdings stünden diesen Mehrerträgen auch Mehraufwendungen von 7,5 Millionen Euro gegenüber. Die Aufwendungen steigen auf 140,5 Millionen Euro. Begründet sei dies mit den stark ansteigenden Kosten der sozialen Sicherung, einem höheren Personalaufwand durch Stellenmehrungen und einem Anstieg der laufenden Aufwendungen. Somit komme man in der Summe auf ein Defizit von 14,9 Millionen Euro, eine Steigerung von 1,5 Millionen Euro gegenüber 2015. Schon im Vorjahr habe die Aufsichtsbehörde die Forderung gestellt, die Realsteuerhebesätze nach oben anzupassen. Daher beschließe man heute auch ein Haushaltssicherungskonzept als Bestandteil des Haushaltsbeschlusses. Dieses enthalte die geforderte Erhöhung der Realsteuerhebesätze, die Erhöhung der Parkgebühren, eine moderate Anpassung der Verwaltungsgebühren für das Anwohnerparken und die Überführung von Vermögensveräußerungserlösen in den Ergebnishaushalt. Die Anträge zu Fairtrade, VRN-Nextbike und Ehrenamtskarte mussten zurückgestellt werden. Lediglich den Bereich der Bürgerbeteiligung wolle man ausbauen. Hierfür werde man eine eigene Stabsstelle schaffen. Er habe das Controlling beauftragt zu analysieren, wie der Haushalt aussehen würde ohne die extremen Belastungen durch die Pflichtausgaben in den Bereichen Jugend und Soziales. Das Ergebnis sei eindeutig. Der Haushalt wäre ausgleichbar, wenn das Land sich angemessen an den sozialen Kosten beteiligen würde. Die Schiefelage unserer Finanzen sei nicht hausgemacht, sondern habe strukturelle Gründe.

Unser Land stehe aufgrund der hunderttausenden Flüchtlinge vor einer harten Bewährungsprobe. Er wolle an dieser Stelle einmal den Mitarbeitern der Verwaltung danken, die einer extrem hohen Belastung ausgesetzt seien und enormes leisten würden. Dies gelte in gleichem Maße auch für die ehrenamtlichen. Die Belastungen würden für alle steigen. Hinzu komme, dass 848 Euro pro Asylbewerber und Monat nicht auskömmlich seien. Deshalb sein Appell an Bund und Land, die Kommunen nicht im Stich zu lassen. Derzeit habe man in Landau 620 Flüchtlinge untergebracht. Noch immer gebe es Angebote auf dem freien Wohnungsmarkt, aber man „fahre auf Sicht“ und könne sich nicht erlauben, irgendwelche Wohnungsangebote abzuschlagen. Es sei wichtig, die Bürger



mitzunehmen. Daher werde man auch in Dammheim am 3. Februar eine eigene Einwohnerversammlung machen.

Flüchtlinge seien nur ein Teilaspekt bei der Frage der künftigen Wohnraumstrategie. Dazu werde man für die Stadtratssitzung am 1. März eine entsprechende Vorlage einbringen. Hierzu gehöre auch das Modellprojekt Kommune der Zukunft, mit der die Zukunftsfähigkeit der Stadtdörfer gesichert werden solle. Neu überdenken müsse man auch den Raumbedarf der Verwaltung. Daher sei beispielsweise der geplante Verkauf des DiZaP gestoppt worden.

Im Stellenplan müsse man fast 17 zusätzliche Stellen ausweisen, dennoch könne man nicht alle berechtigten Bedarfe innerhalb der Verwaltung decken.

Als Fazit stehe über dem Ergebnishaushalt, dass ein Haushaltsausgleich trotz der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erneut nicht möglich sei. Man habe einen dramatisch steigenden Aufwand im Sozialbereich. Auch das Haushaltssicherungskonzept werde die Probleme nicht lösen können, sondern sei der von der Aufsichtsbehörde geforderte Beitrag zur Verbesserung des Ergebnisses.

Im Bereich der Investitionen könne man in diesem Jahr 21 Millionen Euro aus dem kommunalen Haushalt investieren. Wenn man noch die Zahlen des EWL, der Stadtholding, des Klinikums und der Energie Südwest hinzunehme, komme man auf ein Investitionsvolumen von über 30 Millionen Euro. Sehr erfreulich seien die 90 Prozent Förderquote aus dem Kommunalen Investitionsprogramm 3.0, das man nutzen könne. 4,7 Millionen Euro könne man hier einsetzen. Damit könne man Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm vorziehen und umsetzen. Im Kernhaushalt wird es weitere Investitionen in die Kindertagesstätten geben, sowie Maßnahmen zum Breitbandausbau. Verweisen wolle er auf die große Maßnahme Neubau Sporthalle West mit 2,3 Millionen Euro. Weitere Themenfelder seien der Abschluss der militärischen Konversion, die Innenstadtentwicklung und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. „Läuft bei uns“ würden seine Söhne an dieser Stelle sagen.

Beim Erhalt bzw. der Verbesserung der kommunalen Straßen- und Brückeninfrastruktur komme man ebenfalls voran. In der Friedrich-Ebert-Straße stehe der nördliche Abschnitt mit dem Kreisel an, es gebe den zweiten Bauabschnitt der Park & Ride-Anlage am Hauptbahnhof, die Brücke in An 44 werde saniert und die Planung für Abriss und Neubau der nördlichen Horstbrücke gehe voran.

Auch um das Themenfeld Südtangente könne man sich nicht länger herumdrücken. Hier müsse man Transparenz und Klarheit schaffen. Dabei gehe es um die Lärmsituation in der Weißenburger Straße und der Rheinstraße, um die Fortschreibung oder Anpassung des Lärmaktionsplanes, die Ansiedlung und Besiedlung des Wohnparks Am Ebenberg, die Verkehrsströme in der Südstadt und auch um das FFH-Gebiet am Ebenberg. Hier müsse man einen Faktencheck machen und dann entscheiden, wie man mit dieser offenen Frage umgehen wolle.

Stellen wolle man sich auch dem Hortausbau, den man sich auf die Fahnen geschrieben habe.

Große Aufgaben stünden an und habe man sich viel vorgenommen. Nicht alles werde erledigt sein.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass in den letzten 20 Jahren in der Tat in Landau viel geleistet worden sei. Dies gelte es kontinuierlich fortzusetzen. Hierzu gehöre das Mobilitätskonzept, der Ausbau der Königstraße und ein Innenstadtmarketing, das den Namen verdiene. Die Dorfentwicklung seien bisher immer hehre Worte gewesen, dies reiche aber nicht. Das Modellprojekt „Kommune der Zukunft“ sei bisher immer noch Theorie. Es sei wichtig, weitere Schritte zu gehen, dieses Modellprojekt zu entwickeln. Für die CDU-Stadtratsfraktion seien die Stadtdörfer einer der Schwerpunkte der künftigen Arbeit.

Der Dank der CDU-Fraktion gelte allen Ehrenamtlichen, die sich unermüdlich in unserer Stadt für die Flüchtlinge einsetzen. Der Dank gelte aber auch den Mitarbeitern in der Verwaltung, die bis zur Belastungsgrenze gefordert seien. Man habe in Landau eine recht gute Verwaltung mit guten Mitarbeitern. Beispielhaft für alle Mitarbeiter wolle er nur den Leiter des Sozialamtes, Herrn Malo, und den Leiter des Jugendamtes, Herrn Eisenstein, nennen, die derzeit besonders im Fokus stünden. In der Flüchtlingsfrage sei man gefordert, zunächst das Nötigste bereit zu stellen. Es liege aber auch in unserem Interesse, für eine gelingende Integration derjenigen zu sorgen, die längerfristig hier bleiben könnten.

Ein schwieriges aber wichtiges Thema sei die Wohnraumversorgung. Solange das Land den sozialen Wohnraum gefördert habe, sei alles in Ordnung gewesen. Da dies weggebrochen sei, sei die Stadt nun gefordert. Ein eigenes Wohnraumkonzept werde aber mit den vorhandenen Mitteln auskommen



müssen. Grundsätzlich gelte für seine Fraktion, dass der Erhalt funktionierender Infrastruktur immer von Bedeutung sein werde. Dies sei für die Zukunftsfähigkeit der Stadt von wesentlicher Bedeutung. Fast keine Maßnahme aus dem investiven Bereich könnte man ohne Zuschuss von Land oder Bund realisieren. Wichtig wäre, vom Steuerkuchen ein größeres, ein gerechteres Stück zu bekommen. Jetzt sei es so, dass freiwillige Leistungen eigentlich nicht mehr möglich seien. Alle gut gemeinten Anträge der Fraktionen würden dem staatlichen Rotstift zum Opfer fallen. Gerade im Bereich Jugend und Soziales würden die Kommunen alleine gelassen. Ein Beispiel seien die Aufwendungen für Flüchtlinge. Bei monatlichen Aufwendungen von 1.200 Euro gewähre das Land einen Ausgleich von 513 Euro. Dagegen würden das Saarland und Bayern den Kommunen die Kosten komplett erstatten. Es sei dies ein exemplarisches Beispiel dafür, warum die Stadt einen Haushaltsausgleich nicht schaffen könne. Dies sei kein Schwarze-Peter-Spiel, sondern ein Einbahnstraßenspiel, bei dem nur eine Seite die Spielregeln bestimme.

Landau habe im Vergleich der rheinland-pfälzischen Städte eine recht gute Entwicklung genommen. Man fordere von der neuen Landesregierung eine bessere Finanzausstattung der kreisfreien Städte und die deutliche Rückführung der Mischfinanzierung. Im Lichte dieser Rahmenbedingungen habe man sich mit den Steuererhöhungen schwer getan. Um Nachteile für Landau zu vermeiden, sehe man sich zur Zustimmung quasi gezwungen. Die kommunale Selbstverwaltung mit finanzieller Eigenverantwortung sei allerdings nicht mehr erkennbar. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Vogler hielt ihre erste Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzende. Politik sei wie Bergsteigen, man habe ein gemeinsames Ziel und müsse sich aufeinander verlassen können. Der Haushalt der Stadt Landau trage die Handschrift vieler. Der Ergebnishaushalt bedeute einen schwierigen Einstieg in das Haushaltsjahr. Die Stadt schultere Pflichtleistungen ohne angemessene Gegenleistungen durch Bund oder Land. Die SPD-Fraktion stehe für eine intelligente Weiterentwicklung der Gewerbeflächen und danke der Wirtschaftsförderung für ihre exzellente Arbeit. Bezahlbarer Wohnraum sei nicht mehr länger aufschiebbar. Man brauche im ersten Quartal ein tragfähiges Wohnraumversorgungskonzept. Die Wohnungsknappheit sei eine negative Folge des Erfolges der Stadt Landau als Schwarmstadt. Eine weitere Kernaufgabe sei die Innenstadtentwicklung, um als Einkaufsstadt attraktiv zu bleiben. Von großer Bedeutung seien für die SPD-Fraktion neben der Kernstadt auch die Stadtdörfer. Das Projekt „Kommune der Zukunft“ weise in die richtige Richtung. Die Bürger könnten hier gemeinsam mitgestalten. Das Ausbluten der Dörfer müsse man verhindern. Mit Mitteln aus dem Kommunalen Investitionsprogramm 3.0 könne man die weitere Sanierung der Schulen weiterführen. Man stehe auch für den Sport in dieser Stadt. Mit dem Bau der neuen Sporthalle West könne man den Schul- und Vereinssport weiter fördern und unterstützen. Gut aufgestellt sei die Feuerwehr, die man mit der Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges weiter unterstütze. Eine besondere Herausforderung seien die Flüchtlinge und Asylsuchenden. Diese müssten in die Gesellschaft eingebunden und integriert werden. Die Verwaltung sei gleichbedeutend mit einem Expeditionsteam mit logistischer Kompetenz. In diesem Jahr müssten 17 Stellen neu geschaffen werden, der schlanke Staat komme hier an seine Grenzen.

Der Haushalt sei zunächst eine Fiktion, dessen Erfolg man erst am Ende bewerten könne. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass die Grünen das Schwarze-Peter-Spiel ablehnen würden. Es sei nicht die Aufgabe des Stadtrates die schlechte Situation zu beklagen, sondern für Generationengerechtigkeit zu sorgen und zumindest das strukturelle Defizit auszugleichen. Erneut habe die Koalition ein Defizit von 15 Millionen Euro zu verantworten. Er sei die ständigen Klagen im Rat leid, sie würden nicht weiterhelfen. Es gehe doch darum, Mißstände zu beheben. Deshalb bleibe sein Angebot, sich zusammensetzen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Bisher habe es diese Gespräche, dieses ernsthafte Suchen nach Lösungen nicht gegeben.

Beispiel Gewerbesteuer – Hier müsste man – um auf einen Ausgangssatz der frühen 90er-Jahre zu kommen – um 14 Punkte erhöhen und nicht nur um 6. Er hätte auch die Möglichkeit gegeben, die Grundsteuer A und B weiter zu erhöhen. Statt weiter das Tafelsilber zu verscherbeln, hätte man höhere Einnahmen in gleicher Höhe generieren können. Man hätte auch an die Qualität sozialer Pflichtaufgaben oder an freiwillige Leistungen gehen können.



Das heute groß angekündigte Wohnraumkonzept sei angesichts der Wahlkampfreden wohl nur politisches Kalkül, denn im Haushalt finde sich nichts davon. Man warte noch immer auf dieses Konzept. Die Stadt habe nicht die Aufgabe den Vermögenden zu helfen, sondern den Schwächsten und Mittellosen beizustehen. Nötig wäre das Umschichten von Investitionsmitteln, um selbst aktiv werden zu können. Den heilenden Kräften des Marktes zu vertrauen, funktioniere eben nicht. Eine zentrale Frage der kommenden Jahre werde sein, ob mehr oder weniger Menschen kommen. Es sei eine Frage des Prinzips und der Solidarität, ihnen allen zu helfen. Was die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge betreffe, habe die Stadtspitze kein umfassendes Konzept vorgelegt. Der Ansatz sei unambitioniert und mutlos. Alle Probleme seien für die Stadtspitze nur lästige Nebensächlichkeiten der Erfolge. Den Ansprüchen an die Zukunft werde man so nicht gerecht. Aus diesen Gründen lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Haushalt ab.

Ratsmitglied Freiermuth gestand den Grünen zu, dass es Aufgabe der Opposition sei auf den Putz zu hauen. Herr Hartmann habe hier aber eine grenzwertige und überhebliche Rede gehalten, dies müsse nicht sein. Im Gegensatz zu Herrn Hartmann sei er der Meinung, dass sich in Landau viel verändert habe. Man habe Steuereinnahmen, die seien so hoch wie nie. Trotzdem zwingt uns die ADD, die Steuern zu erhöhen. Landau sei ein reines Erfolgsmodell. Man habe hier Pflichtaufgaben zu erledigen, von denen immer wieder neue von Bund oder Land aufgelegt würden.

Das Baulandmodell sei bisher leider kein Erfolgsmodell. Es gebe eine Nachfrage nach Einfamilienhäusern in Landau, dies könne man nicht wegdiskutieren. Der Wohnungsmarkt sei ein Problem, aber es müsse eine Vielfalt sein. Die FWG sei dagegen, dass die Stadt als Wohnungsbauer auftrete. Dies könne die Stadt gar nicht leisten. Man begrüße ausdrücklich das Kommunale Investitionsprogramm 3.0 und insbesondere die Förderung des Breitbandausbaus. Gerade beim Breitbandausbau gebe es erhebliche Defizite.

Man werde schweren Herzens die Erhöhung der Parkgebühren mittragen. Allerdings werde die FWG zu gegebener Zeit einen Antrag stellen, das kostenfreie Adventsparken abzuschaffen. Klar sei, dass die Brücke An 44 und die Horstbrücke gemacht werden müssten. Eine Maßnahme wie der Rosenplatz sei zwar wünschenswert, aber angesichts der Kosten nicht zwingend. Auf jeden Fall wolle man den Schulstandort Landau weiter stärken. Er würde es hier auch begrüßen, wenn die DV-Abteilung die Schulen unterstützen könnte. Für ganz wichtig halte er auch die Unterstützung der Ortsteile, dabei werde das Projekt „Kommune der Zukunft“ von manchen Ortsteilen teilweise kritisch gesehen. Sehr schwierig sei die Flüchtlingsthematik, hier könne man nur auf Sicht fahren. Die Würfel in der Flüchtlingsfrage würden ohnehin woanders fallen. Man sei hier nur Getriebene und müsse reagieren. Sein Dank gehe an die Verwaltung und die Mitarbeiter, für die gute Zusammenarbeit. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl setzte den sozialen Frieden in der Stadt als Schwerpunkt ihrer Haushaltsrede. Es gebe Bedrohungen für diesen sozialen Frieden. Ein ganz wichtiger Punkt sei dabei das Thema Sozialer Wohnungsbau. Wohnen sei ein Menschenrecht, sei ein Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Im Haushalt sei hierfür wenig zu finden, man werde getröstet auf ein Konzept. Die Frage sei für den sozialen Frieden in der Stadt deshalb so wichtig, weil es Armut in dieser Stadt gebe. Es gebe Menschen, die ihren Wohnraum nicht bezahlen könnten. Durch die Flüchtlinge habe sich die Wohnungsfrage noch verstärkt. Man tue wenig dagegen.

Zweiter Schwerpunkt sei für sie die Frage der Bürgerbeteiligung. Die Beratung dieses Haushaltes sei kein Lehrbeispiel für Bürgerbeteiligung. Deshalb habe die Pfeffer und Salz-Fraktion den Antrag gestellt, 2017 einen Bürgerhaushalt aufzustellen. Bei diesem Haushalt jedenfalls habe es nur eine mangelhafte Bürgerbeteiligung gegeben. Sie könne nicht verstehen, warum man für die Stabsstelle Bürgerbeteiligung nur eine halbe Stelle vorgesehen habe. Sie habe bedenken, dass dies in Zusammenarbeit mit der Stelle des IT-Sicherheitsbeauftragten funktionieren werde.

Zur Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern gehöre auch Integration durch Arbeit. Deswegen habe man hierfür einen sehr bescheidenen Antrag gestellt, 5 Stellen hierfür zu schaffen. Hierfür finde man nichts im Haushalt.

Bei der Stadtentwicklung sei einiges wichtige angestoßen worden. Auch Pfeffer und Salz sei dafür, dass Brücken saniert werden. Die Südtangente sei eine rückwärtsgewandte Politik. Es sei ein Unding,



diese Diskussion jetzt wieder anzustoßen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne den Haushalt ab.

Der Vorsitzende stellte klar, dass er bei der Südtangente ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass dies ein offenes Problem sei. Eine Entscheidung habe der Rat bisher aus guten Gründen nicht getroffen. Er gehe ergebnisoffen an eine Entscheidung in dieser Frage heran.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja,- und 8-Nein-Stimmen:

I.

a) über den städtischen Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag der Erträge auf	125.590.716 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	140.524.262 Euro
Jahresfehlbetrag auf	-14.933.546 Euro

2. im Finanzhaushalt

ordentlichen Einzahlungen auf	118.759.672 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	126.796.336 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-8.036.664 Euro

außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	8.661.706 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	13.393.335 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-4.731.629 Euro

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	12.768.293 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.550.850 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	11.217.443 Euro

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	141.740.521 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	141.740.521 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

3. über das Investitionsprogramm (Finanzhaushalt 2016 bis 2019)

welches nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:

2016	13.393.335 Euro
2017	12.363.005 Euro
2018	11.030.085 Euro
2019	5.519.575 Euro

b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau

Erfolgsplan	
Erträge	13.612.000 Euro



Aufwendungen	14.654.000 Euro
Differenz	-1.042.000 Euro
Vermögensplan	
Einnahmen	11.508.800 Euro
Ausgaben	11.508.800 Euro
Verpflichtungsermächtigungen	
für das Jahr 2017	3.020.000 Euro
für das Jahr 2018	1.245.000 Euro
Gesamtbetrag der Kredite	3.661.800 Euro
Gesamtbetrag der Liquiditätskredite	3.000.000 Euro
c) Bürgerstiftung	
1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	187.643 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	220.048 Euro
Jahresfehlbetrag auf	-32.405 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	179.600 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	160.730 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	18.870 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	229.600 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	160.730 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	68.870 Euro
d) Landauer Kunststiftung	
1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	20.950 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	20.950 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	16.950 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	16.950 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro



außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	16.950 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	16.950 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

e) Strieffler Stiftung

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	35.450 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	35.450 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	31.450 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	31.450 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	31.450 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	31.450 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

f) über den Stellenplan.

II. Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau in der Pfalz und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:

1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen sind hiervon Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem



Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmenbeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.

2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmenbeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.
3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 Euro entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber innerhalb der Stadtverwaltung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 2 Ja- und 39 Nein-Stimmen

den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, die Stadtverwaltung zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit Praktikumsstellen und Arbeitsplätze innerhalb der Stadtverwaltung für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Umfang von 5 Stellen neu zu schaffen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2016

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 18. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2016 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	13.612.000,00 EURO
Aufwendungen	14.654.000,00 EURO
Differenz:	- 1.042.000,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	11.508.800,00 EURO
Ausgaben	11.508.800,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2016 wird festgesetzt auf 3.661.800,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2017 bis 2019 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:

Wirtschaftsjahr 2017: 3.020.000,00 EURO

Wirtschaftsjahr 2018: 1.245.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von:

2017: 371.000,00 EURO

aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau in der Pfalz.

c) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er wies auf eine Mail der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2016 hin und bat darum die Nachfolgebeseetzungen für das ausscheidende Ausschussmitglied Ingrid Vornberger noch als Punkte 11 und 12 des Beschlussvorschlages mit zu beschließen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

- 1. Herrn Prof. Peter Leiner, Am Goethepark 4, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Hauptausschuss,**
- 2. Frau Monika Vogler, Drachenfelsstraße 13, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Bauausschuss,**
- 3. Herrn Günter Scharhag, Scharfeneckstraße 5, 76829 Landau in der Pfalz in die Verbandsversammlung der Sparkasse Südliche Weinstraße,**
- 4. Herrn Florian Maier, Speyerer Straße 26, 76829 Landau in der Pfalz in den Verwaltungsrat EWL,**
- 5. Frau Heike Frey, Raiffeisenstraße 30, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Sozialausschuss,**
- 6. Frau Ursel Klein, Langstraße 11, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Kulturausschuss,**
- 7. Herrn Hans-Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz, als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss,**
- 8. Herrn Florian Maier, Speyerer Straße 26, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Sozialausschuss,**
- 9. Herrn Armin Schowalter, Schulhof 4, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Sportausschuss und den Schulträgerausschuss,**
- 10. Herrn Aydin Tas, Marktstraße 90, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat EWL, den Werksausschuss GML, den Umweltausschuss und den Jugendhilfeausschuss,**
- 11. Frau Susanne Follenius-Büssow, An der Hammerschmiede 14, 7629 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Stadtrechtsausschuss,**
- 12. Herrn Lukas Hartmann, Xylanderstraße 7, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Schulträgerausschuss.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Neubesetzung Aufsichtsrat Klinikum Landau-Südliche Weinstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat bestellt Herrn Bürgermeister Dr. Maximilian Ingenthron zum Mitglied des Aufsichtsrates der Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH mit der Maßgabe, ihn zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates zu wählen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Festsetzung des Wahltages für die Wahl der Ortsvorsteherin / des Ortsvorstehers des Stadtteils Mörzheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Termin für die Wahl der Ortsvorsteherin / des Ortsvorstehers des Stadtteils Mörzheim gemäß § 60 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 53 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GemO) auf Sonntag, 10. April 2016 und den Termin für eine eventuelle Stichwahl auf Sonntag, 24. April 2016 festzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Bildung eines Seniorenbeirates

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 4. Januar 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begründete den Antrag. Landaus Bevölkerung werde laut Demografiebericht älter in den nächsten 20 Jahren. Dadurch steige auch der Bedarf an einer altersgerechten Infrastruktur. Man brauche ein besonderes Augenmerk auf die Bedarfe einer älter werdenden Gesellschaft. Dazu sollte man auf die Erfahrungen der Betroffenen setzen. Seniorinnen und Senioren seien Experten für Themen des Älterwerdens und des Alt seins. Ein Seniorenbeirat könne ein Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und engagierten Senioren sein. Er könnte Mittler sein für die Interessen älterer Bürger. Eine ganz wichtige Aufgabe eines Seniorenbeirates wäre auch der Dialog mit den anderen Generationen. Die organisatorische Struktur eines Seniorenbeirates, seine Zuständigkeiten wären in einer Satzung festzulegen. Je unabhängiger und selbstständiger ein solcher Seniorenbeirat arbeite, umso effektiver sei er.

Der Vorsitzende betonte, dass er inhaltlich voll auf einer Linie liege. Im Moment gebe es das Seniorenforum, aber man merke natürlich die Veränderungen aufgrund des demografischen Prozesses. Er schlage vor, den Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion einen Seniorenbeirat zu bilden wird in den Sozialausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Aufstellung eines Bürgerhaushalts

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 18. Januar 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Die Zeit dränge, denn der Prozess für einen Bürgerhaushalt müsse gut vorbereitet sein. Ein Bürgerhaushalt schaffe Transparenz und damit Vertrauen und Verständnis in und für die Stadt. Man sollte die „Weisheit“ der Bürger fruchtbar machen für den Haushalt. Es habe ja früher schon mal einen Bürgerhaushalt gegeben, so dass man nicht bei Null anfangen müsse. Man sollte hier einen Neuanfang wagen. Wichtig wäre, Vorschläge aus der Bürgerschaft dann auch ernst zu nehmen. Die Umsetzung des Antrages würde zeigen, dass man die Bürger ernst nehme.

Der Vorsitzende unterstrich, dass es viele Beispiele dafür gebe, dass der Rat und die Verwaltung die Bürger sehr wohl ernst nehme. Die Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt damals seien nicht sehr gut gewesen. Er warne aber davor, allzu große Erwartungen zu wecken.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, für das Haushaltsjahr 2017 einen Bürgerhaushalt aufzustellen, wird in den Hauptausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Installation eines Klimaschutzmanagements

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 18. Januar 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Es gebe für ein solches Klimaschutzmanagement Fördermittel. Einerseits werde sich dies ohne Zweifel rechnen und andererseits sei es ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen 2017 zu nehmen. Inhaltlich sei gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, die Stelle eines Klimaschutzmanagers einzurichten, wird in die Haushaltsberatungen 2017 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Neufassung der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung der Gebühren für die Benutzung des Stadtarchivs“ (Archivgebührensatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 30. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung der Gebühren für die Benutzung des Stadtarchivs“ (Archivgebührensatzung) als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Städtebau-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“; - Beschluss des Innenstadtentwicklungskonzeptes, - Beschluss der Ausweisung eines Stadtumbaugebietes für einen Teilbereich der Innenstadt („Aktives Stadtzentrum Landau“)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er wolle nur noch mal darauf hinweisen, dass dies kein in Stein gemeißeltes Konzept sei. Es müsse immer aktuellen Entwicklungen und Situationen angepasst werden.

Ratsmitglied Eichhorn betonte, dass dieses vorliegende sehr umfangreiche Innenstadtentwicklungskonzept einen hohen Stellenwert für die Innenstadt habe. Der Entwicklungsprozess dieses gesamten Konzeptes habe 6 ½ Jahre gedauert. Die Stadtumbaumaßnahmen sollen in erster Linie dem Gemeinwohl dienen. Es gelte den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft Rechnung zu tragen. Öffentliche Flächen seien neu zu gestalten und gegebenenfalls auch zurückzubauen. Reizvoll seien natürlich auch die Höhe der Förderquoten von Bund und Land, die zwischen 66 und 80 % lägen. Er hoffe auf eine gute Akzeptanz des Konzeptes in der Bevölkerung und eine erfolgreiche Umsetzung. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Kopf erinnerte daran, dass man schon seit 2009 Standards und Konzepte für dieses Innenstadtentwicklungskonzept erarbeitet habe. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Vorlage auch zustimmen. Der Einzelhandel müsse in der Innenstadt konzentriert werden, um damit auch Landau als Einzelhandelsstadt zu stärken. Wichtig sei, die Innenstadt und den Einzelhandelsstandort immer wieder fortzuentwickeln. Es gelte darauf zu achten, dass die Innenstadt attraktiv bleibe. Man entscheide hier auch über das Gesicht der Stadt.

Ratsmitglied Braun war der Meinung, dass die Vorlage gut und richtig für unsere Stadt sei. Es gehe in diesem ganzen Konzept auch um das Stadtklima, um mehr Grün in der Stadt. Man müsse sich schon die Frage stellen, wie ernst man es nehme, Grünflächen auszuweiten und zu erhalten. Dies sei aber im Gesamtkonzept nur ein Detail, das den Grünen wichtig sei. Insgesamt stimme die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth fand es schade, dass dieses Konzept nicht für die gesamte Innenstadt, sondern nur für einen Teil der Innenstadt gelte. Sehr gut sei in diesem Verfahren die Bürgerbeteiligung gelaufen. Ausdrücklich begrüße er, dass es keine Einschränkungen bei Solaranlagen gebe. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zustimme.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sprach von einem guten Tag für die Stadt Landau. Dieses Konzept sei ein Meilenstein in der Innenstadtentwicklung. Es sei dies aber nicht die einzige Maßnahme. Er freue sich, dass man dieses Paket heute anschieben könne. So könne man in den nächsten Jahren gemeinsam viele Wegmarken bei der Innenstadtsanierung setzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. das Innenstadtentwicklungskonzept Landau (Anlage 1) als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 171b Abs. 2 BauGB und § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.**
- 2. auf der Grundlage des Innenstadtentwicklungskonzeptes die Ausweisung des Stadtumbaugebietes „Aktives Stadtzentrum Landau“ (Anlage 6).**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Bebauungsplan D13 "Im Dorf" der Stadt Landau in der Pfalz, Gemarkung Queichheim, Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Doll unterstrich, dass man mit diesem Satzungsbeschluss dem Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung Rechnung trage. Von diesen 16 Bauplätzen würden 8 von den Eigentümern selbst bebaut. Dies zeige, dass es hier keine Baubevorratung gebe. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage natürlich gerne zu.

Ratsmitglied Scheid begrüßte dieses Vorhaben ausdrücklich. Er danke dem Ortsvorsteher für dessen Engagement in diesem Verfahren. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Lichtenthäler fand es gut, was hier gelungen sei. Angesichts des anstehenden weiteren Baugebietes stelle sich aber das Problem, wie die verkehrliche Seite in Queichheim geregelt werde. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass der Bedarf unzweifelhaft da sei. Dieses Baugebiet sei begrüßenswert, es könne etwas Druck von der ganzen Situation nehmen. Die FWG-Stadtratsfraktion begrüße diese Sitzungsvorlage und stimme zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans D13 "Im Dorf" entsprechend den in der als Anlage beigelegten Synopse vom Juli 2015 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans D13 "Im Dorf" entsprechend den in der als Anlage beigelegten Synopse vom Juli 2015 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans D13 „Im Dorf“ entsprechend den in der als Anlage beigelegten Synopse vom Dezember 2015 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 4. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans D13 „Im Dorf“ entsprechend den in der als Anlage beigelegten Synopse vom Dezember 2015 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 5. Der Bebauungsplan D13 "Im Dorf" (Planzeichnung und Textfestsetzungen) wird in der Fassung vom Dezember 2015 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Modellprojekt „Kommune der Zukunft“

- Landaus 8 (Stadt-)Dörfer machen sich fit für die Herausforderungen der Zukunft -

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei dies ein langes Mahlen der Mühlen. Er freue sich, dass das Innenministerium sich nun auf den Weg mache, die besondere Situation von nicht kreisangehörigen Stadtdörfern zu betrachten. Dies könne aber nur der Anfang sein. Alle Ortsbeiräte hätten die Vorlage mittlerweile beraten und ihre Zustimmung gegeben. Die Befürchtungen, das ganze könne in vorhandene Strukturen eingreifen, seien unbegründet. Man nehme niemanden etwas weg, sondern stärke vielmehr die Ortsbeiräte und die Ortsvorsteher.

Ratsmitglied Doll sah in diesem Modellprojekt einen ersten Schritt auf die Forderungen der Fraktionen, den Benachteiligungen der Ortsteile entgegenzuwirken. Es sei wichtig, dass die Ortsteile aus ihrem Schattendasein heraustreten. In dem moderierten Prozess würden die Ortsvorsteher, die Ortsbeiräte und die Bürger gemeinsam festlegen, was dem jeweiligen Ortsteil für die Zukunft gut tue. Der Fördertopf des Landes stelle 75 % für 1,5 Stellen bereit, ob dies reiche werde sich zeigen. Es sei vielmehr der Wunsch, den Ortsteilen ihr eigenes Budget und ihre eigene Planungshoheit zurückzugeben. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Maier betonte, dass Landau in der glücklichen Lage sei, nicht nur die Stadt sondern auch 8 Stadtdörfer bieten zu können. Damit könnte man eigentlich wuchern. Es sei aber eben auch die Aufgabe dafür so sorgen, dass die Stadtdörfer konkurrenzfähig bleiben. Daher sei es gut, dass man sich jetzt auf den Weg mache. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Braun erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage auch zustimmen werde. In dem Programm stecke sehr viel drin. Es gebe aber große Erwartungen an diesen Dorfentwicklungsplaner. Dieser müsse eine große integrative Fähigkeit haben.

Ratsmitglied Volkhardt teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion nicht einheitlich abstimmen werde. Man sei aus der Fraktionsberatung, mit Skepsis aber durchaus offen herausgegangen. Über einige Punkte müsse man reden wie beispielsweise die Kosten. Ein weiterer kritischer Punkt sei das angebliche Vorhandensein von Baulücken, was so nicht stimme. In Godramstein habe man 6 bis 7 Baulücken aufgetan, die aber nicht realisierbar gewesen seien. Er hoffe, dass dieses Modellprojekt Bestand habe und nicht ähnlich untergehe wie vor Jahren das ILEK.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Es sei sehr ambitioniert, was hier gestemmt werden solle. Er wünsche der Stadt eine glückliche Hand bei der Personalauswahl.

Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich, dass man mit den heutigen Beschlüssen, die Stadt weiter entwickle. Man liefere keine Heilsversprechen und schütte auch kein Füllhorn aus. Aber es sei eine Chance, die man ergreifen sollte. Ob es ein Erfolg werde, liege allein an uns. Man investiere in den Bürgersinn, der ein großer Schatz in allen Stadtteilen sei. Der Beschluss sei ein Signal an die Bevölkerung in den Ortsteilen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 1 Nein-Stimme:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Förderantrag für das Modellprojekt „Kommune der Zukunft“ auf der Basis der in der Begründung dargelegten Inhalte auszuarbeiten, dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur (ISIM) vorzulegen und um Bewilligung der in Aussicht gestellten Fördermittel zu bitten.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Parkplatz an der Zweibrücker Straße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er verwies weiter auf den ergänzenden Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom

23. Dezember 2015, der dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegt ist. Vorlage und Antrag sollen gemeinsam beraten werden. Es sei zu diesem Grundstück ein langes Hin und Her gewesen.

Herr Kamplade unterstrich, dass Grundlage der Bauantrag zum Tankstellenneubau sei. Dort seien durchgehende Parkstände angedeutet. Es gebe die Möglichkeit für 13 Parkplätze sowie weiterer 9 Plätze auf städtischem Grundstück. Dies gäbe insgesamt 22 Parkplätze.

Ratsmitglied Lichtenthäler erinnerte daran, dass es im Laufe der Diskussion im April letzten Jahres geheißen habe, dass die bewirtschafteten Parkplätze am Vinzentius-Krankenhaus leer stehen würden und es daher keinen Bedarf für diese weiteren Parkplätze gebe. Dieses Stück Grünstreifen müsse nicht geopfert werden, wenn es nicht notwendig sei.

Der Vorsitzende betonte, dass das Vinzentius-Krankenhaus dringend darum gebeten habe, diesen Parkraum zu schaffen.

Ratsmitglied Lerch konnte die Argumente der Grünen nur schwer nachvollziehen. Das Krankenhaus pachte diese Parkplätze für seine Mitarbeiter, um die Parksituation rund um das Krankenhaus zu entlasten. Es sei überschaubar, was an Sträuchern geopfert werden müsse.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass dies ein sehr guter Kompromiss sei. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Verwaltungsvorlage zu.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion für den Antrag der Grünen stimmen und die Verwaltungsvorlage ablehnen werde.

Ratsmitglied Hartmann wollte wissen, wie stark das Parkhaus tatsächlich ausgelastet sei.

Der Vorsitzende stellte klar, dass das Parkhaus für Besucher sei und es daher vollkommen irrelevant sei, wie stark es ausgelastet ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

Dem Bau eines Parkplatzes an der Zweibrücker Straße durch einen Investor, auf der Grundlage des in der Anlage dargestellten Entwurfs, wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15.1. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Sicherung Grünstreifen Zweibrücker Straße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 23. Dezember 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Die Beratung erfolgte zusammen mit Tagesordnungspunkt 15. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 8 Ja- und 33 Nein-Stimmen

den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, keine weiteren Grundstücke zur Herstellung weiterer Parkplätze am Grünzug zwischen Zweibrücker Straße und Weißenburgerstraße zur Verfügung zu stellen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Anpassung Abfallgebühren mit Änderung der Abfallgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 30. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. An dieser Stelle sei man tatsächlich getriebene der Zwangsmitgliedschaft im Zweckverband Abfallverwertung. Man müsste nur den Landesabfallplan entsprechend anpassen, dann hätte man ganz andere Möglichkeiten.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass es für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ein politisches Signal sei, der Vorlage nicht zuzustimmen. Es jahrelang immer nur zu beklagen, führe nicht weiter. Das ganze System müsse geändert werden. Deshalb wäre es gut auch mal gegenüber dem Land Nein zu sagen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

1. die Abfallgebühren wie folgt anzupassen und die Abfallgebührensatzung entsprechend der beigefügten Anlage zu ändern:

Abfallbehälter	Leerungsrhythmus	Monatsgebühr alt	Monatsgebühr neu
80 Liter mit Bio 120 Liter	4-wöchentlich	11,00 €	11,90 €
120 Liter mit Bio 120 Liter	4-wöchentlich	16,00 €	17,40 €
80 Liter mit Bio 120 Liter	2-wöchentlich	21,00 €	22,90 €
120 Liter mit Bio 120 Liter	2-wöchentlich	31,00 €	33,80 €
240 Liter mit Bio 240 Liter	2-wöchentlich	60,90 €	66,70 €
1.100 Liter mit Bio 1.100 Liter	2-wöchentlich	284,30 €	311,10 €
1.100 Liter mit Bio 2.200 Liter	1-wöchentlich	558,50 €	612,20 €
80 Liter ohne Bio	4-wöchentlich	7,90 €	9,50 €
120 Liter ohne Bio	4-wöchentlich	11,50 €	13,90 €
80 Liter ohne Bio	2-wöchentlich	15,10 €	18,30 €
120 Liter ohne Bio	2-wöchentlich	22,30 €	27,00 €
240 Liter ohne Bio	2-wöchentlich	43,80 €	53,30 €
1.100 Liter ohne Bio	2-wöchentlich	204,70 €	248,90 €
1.100 Liter ohne Bio	1-wöchentlich	402,20 €	489,80 €
120 Liter Bio	34 Leerungen	8,80 €	6,90 €
240 Liter Bio	34 Leerungen	17,60 €	13,90 €
1,100 Liter Bio	34 Leerungen	80,80 €	64,00 €

Behältnisvolumen		Gebühr
80 Liter	Sonderleerung	14,00 €
120 Liter	Sonderleerung	17,00 €
240 Liter	Sonderleerung	30,00 €
1.100 Liter	Sonderleerung	143,00 €

Sonstige Gebühren	Mengeneinheit	Gebühr alt	Gebühr neu
80 Liter Restabfallsack	Pro Sack	4,50 €	5,70 €
120 Liter Bioabfallsack	Pro Sack	1,00 €	1,50 €
Restabfallentsorgungsgebühr	Pro Mg	299 €	319 €





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 26. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Auch nach dieser leichten Erhöhung werde man mit die niedrigsten Abwassergebühren in Rheinland-Pfalz haben. Man investiere seit Jahren intensiv in das Kanalnetz und in den Umweltschutz.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1) die Erhöhung der Abwassergebühren und den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 26. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Anpassung der Stunden-Verrechnungssätze ab dem 01.01.2016:

**für eine Fachkraft von 44,12 € auf 44,72 € ,
für einen Helfer von 39,08 € auf 39,68 €.**

Der Sondersatz für die Stadtteilmitarbeiter von 38,04 € entfällt. Die Vergütung erfolgt nach den Stundensätzen für Fachkräfte und Helfer.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Abschluss Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 26. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau zum 31. Dezember 2015 abzuschließen und dessen gesamtes Vermögen, Forderungen und Verpflichtungen zum Buchwert in den Betriebszweig Service zu übertragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2016 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 26. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der EWL sei ein effizientes und gut aufgestelltes Unternehmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2016 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

Erfolgsplan

Erträge	19.107.000,-- €
Aufwendungen	18.968.000,-- €

Vermögensplan

Einnahmen	7.980.000,-- €
Ausgaben	7.980.000,-- €

Der Gesamtbetrag der <u>Kassenkredite</u> wird festgesetzt auf	150.000,-- €
--	--------------



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf die Gedenkveranstaltung am 27. Januar zum Holocaust-Gedenktag hin. Weiter wies er auf die Bürgerversammlung zur Flüchtlingsunterbringung in Dammheim am 3. Februar hin.

Ratsmitglied Wagner wollte wissen, ob die Flüchtlingsunterkunft im Priebnitzweg mit Internet versorgt sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass bisher kein freies W-LAN dort vorgesehen sei.

Ratsmitglied Scharhag bemängelte, dass der Parkplatz am Kaufhof total verdreckt sei.

Der Vorsitzende sicherte Abhilfe zu und eine schriftliche Antwort.

Ratsmitglied Dr. Migl bat darum, in einer der nächsten Sitzungen den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten einzuplanen.

Das Gremium beschloss



Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 26.01.2016 umfasst 28 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis .

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch

Markus Geib
Schriftführer